

Presse-Erklärung

Kultur ist ständig bedroht. Die Gefahr einer Zensur Zimmermannscher Prägung ist öffentlich und daher gut erkennbar. Weit mehr Bedrohung aber geht von **struktureller Zensur** der Finanzpolitik aus.

Die Kulturpolitische Gesellschaft möchte auf einen Mechanismus hinweisen, der wie eine Walze durch das Land geht und besonders die sogenannten armeren Städte trifft.

Wir haben dies am Beispiel der Emscherstadt Oberhausen untersucht (siehe umfangreichere Anlage). Der Regierungspräsident in Düsseldorf weigert sich nun seit mehreren Jahren zunächst stets, den kommunalen Haushalt zu genehmigen. Er fordert allen Ernstes von der Stadt die **Streichung aller nichtgesetzlichen kulturellen Ausgaben**.

Das würde bedeuten, daß das Theater, die Stadtbibliothek, die Musikschule, die Westdeutschen Kurzfilmtage, die Konzertreihe, die Städtische Galerie (Museum) und vieles mehr geschlossen wurde. Außer der Volkshochschule, für die es in diesem Bundesland ein Gesetz gibt, wäre die gesamte kulturelle Infrastruktur beseitigt.

Die Oberbehörde ist offensichtlich nicht in der Lage, inhaltlich das einzuschätzen, womit sie finanzverwaltend und aufsichtsrechtlich umgeht.

Sie fordert einen Kahlschlag, der die Industriestadt an der Emscher schlagartig in den Zustand einer lateinamerikanischen Großstadt versetzen würde.

Oberhausen steht als Beispiel für viele andere Städte, die unter einem ähnlichen Druck stehen.

Hier handelt es sich nicht um Kürzungen aus Gründen der Konjunktur, auch nicht um uneffiziente Verwaltung, sondern schlicht um kulturellen Kahlschlag.

Die Kulturpolitische Gesellschaft möchte diesen Fall und die Struktur, in der er steht, zum Skandal werden lassen und bittet die öffentliche Meinung und die Presse, ihn aufzugreifen und zu opponieren.

Die strukturelle Zensur darf nicht ohne öffentliche Diskussion im leisen Räderwerk bürokratisch-formaler Vorgänge einen kulturellen Flächenbrand in Gang setzen.

**Gefährlicher als Zimmermannsche Skandale:
die strukturelle Zensur der Kultur. Ihr Widerspruch
zur kulturellen Entwicklung.**

Kultur ist im Prinzip die Erweiterungsfähigkeit des Menschen. Sie unternimmt, was in ihren Möglichkeiten steht. Kultur ist ein Punkt der Hoffnung, ein Zufluchtsort, ein Regenerationsort, eine Stätte des Nachdenkens und der Experimente für die Erarbeitung von Sinnggebung und Perspektiven.

Dabei spielt sie mit dem Schein der Ungefährlichkeit. Dies abzuwerten, war einer der folgenreichen Fehler vieler politischer Konzepte. Wie denn auch in Deutschland stets die Neigung bestand, alles, was nicht sämtliche Hoffnungen erfüllte, lieber zu zerstören, als sich darin zumindest den Aufbruchsort zu retten. Kulturpolitik ist Expansion dessen, was im intellektuell-künstlerischen Laboratorium zunächst in einer scheinbar machtlosen Innenwelt geschieht.

Kultur ist ständig bedroht. Die Gefahr einer Zensur Zimmermannscher Prägung ist öffentlich und daher als Skandal gut erkennbar. Weit mehr Bedrohung aber geht von der strukturellen Zensur der Finanzpolitik aus. Sie erscheint wenig faßbar.

Die Kulturpolitische Gesellschaft mochte diesen Mechanismus sichtbar machen, der wie eine Walze durch das Land geht, und zum Skandal werden lassen. Sie nimmt dafür das Beispiel der Stadt Oberhausen im Ruhrgebiet. Es steht exemplarisch für viele andere. Und kann nicht weggewischt werden durch den Hinweis auf reiche Städte wie etwa Frankfurt, Köln, Stuttgart, Erlangen oder München.

Die Zwischeninstanz des Regierungspräsidenten, zwischen Landesregierung und Kommune angesiedelt, entwickelt eine strukturelle Zensur: in der ultimativen und wiederholten Aufforderung an die Stadt Oberhausen, sie solle alle nicht gesetzlich vorgeschriebenen kulturellen Leistungen streichen.

Das würde bedeuten, daß das Theater, die Stadtbibliothek, die Musikschule, die Westdeutschen Kurzfilmtage, die Konzertreihe, die Städtische Galerie und vieles mehr geschlossen wurden. Außer der Volkshochschule, für die es in diesem Bundesland ein Gesetz gibt, wäre die gesamte kulturelle Infrastruktur beseitigt.

Die Oberbehörde - offensichtlich fern von der Kultur

- fordert einen Kahlschlag, der die Industriestadt an der Emscher schlagartig in den Zustand der kulturellen Infrastruktur einer lateinamerikanischen Großstadt zu versetzen - bei außerordentlich ausgebauten Autobahnen und Schnellstraßen.

Stadtparlament und Verwaltung weigern und wehren sich. Wie lange werden sie standhalten? Denn unter den Verantwortlichen gibt es nicht wenige, die - in der Tradition des Obrigkeitsstaates - eher die Mentalität von braven Erfüllungsgehilfen besitzen als eine komplexe Einsicht und den Stolz, ihren eigenen Zipfel des Kulturstaates zu verteidigen.

Der Regierungspräsident organisiert als blinde, in sich selbst zielorientierte Verwaltungsbürokratie, obwohl von Sozialdemokraten geführt, über der Stadt eine Knebelmaschinerie.

Dabei hat Oberhausen noch das Glück, daß ihr machtiger Fraktionschef Heinz Schieusser auch finanzpolitischer Sprecher der Partei im Landtag und »Bezirksfürst« vom Niederrhein ist - und sich dem Druck geschickt und mit vielen Erfolgen widersetzt.

Viele Städte haben gravierende Fehlbeträge in ihren Haushalten. So wuchsen sie zum Beispiel in Oberhausen von 5.4 Mio. DM (1981), auf 14.7 Mio. (1982), auf 40.4 Mio. (1983), auf 46.6 Mio. (1985) und auf 58.9 Mio. (1986). Dabei wurden konsumptive Ausgaben im Verwaltungshaushalt 1985 mit 14.5 Mio. und 1985 mit 10.5 Mio. aus dem Vermögenshaushalt finanziert

Aber die Prognose des Regierungspräsidenten, daß dieses Defizit linear auf 9 Mio. DM anwachsen werde, ist spekulativ. Und vor allem unpolitisch. Gewiß gibt es auch Kürzungsnotwendigkeiten. Aber weit mehr als dies muß man die Notwendigkeit sehen und politisch vertreten, zwischen strukturell - vor allem durch hohen Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit benachteiligten - Städten und wohlhabenden einen Ausgleich zu schaffen. Dies verlangt die Verfassung eines »sozialen Rechtsstaates«. Man kann nicht so tun, als beständen die gegenwärtigen Verhältnisse in alle Ewigkeit. Sie sind historisch und werden sich wandeln.

Die Haushaltsmisere legt über die Zahlen hinaus vor allem die Misere des politischen Umgangs mit Inhalten offen: das denkerisch-argumentative Defizit in der Diskussion und in den menschlichen und gesellschaftlichen Zielsetzungen. Den Mangel an Komplexität der Debatte. Leider nicht allein in der Politik, sondern auch in der kulturellen Szene, die sich viel zu wenig wehr und nicht komplex argumentiert.

Die Zahlungsfähigkeit der städtischen Kultur liegt im

Spannungsfeld der Politik. Der Mechanismus: Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung verlagert ungeheure Sozialkosten auf die Städte, aufbringen. Sie schlagen auf alle Bereiche des Haushaltes durch.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt, Sozialwesen und Kultur ist offenkundig. Dafür einige Zahlen. Die Ausgabenziffern des Sozialtats der Großstadt Oberhausen mit ihren 225 000 Einwohnern seit 1979: Während in diesem und im nächsten Jahr die Summe von 29,2 bzw. 29,3 Millionen annähernd gleich blieb, stieg sie dann rapide an - auf 32,4 Millionen (1981), 36,0 (1982), 43,0 (1983), 47,0 (1984) und 52,0 (1985). Zur gleichen Zeit entstanden durch die Abwanderung der großen Firmen sowohl immense Verluste an Steuern wie riesige Arbeitsplatzverluste. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,2 % (9 278 - 1981) auf 8,4 (12 494 - 1982), auf 11,3 (16 782 - 1983), auf 12,7 (18 605 - 1984), auf 13,3 (19 351 - 1985), auf 14,0 (20 218 - 1986). Der Bericht der Verwaltung für den Ausschuß Soziales und Gesundheit kommentiert die Zahlen am 18. 9. 1985: "Eindeutig erkennbar ist die enorme Zunahme der Sozialhilfeempfänger infolge Arbeitslosigkeit. Dabei nimmt insbesondere der Anteil der Sozialhilfeempfänger zu, der keine Ansprüche nach dem AFG - Arbeitsförderungsgesetz - hat. Im Zeitraum Juli 1984 bis Juni 1985 betrug der Gesamtaufwand an Sozialhilfekosten für den infolge Arbeitslosigkeit hilfsbedürftig gewordenen Personenkreis ca. 10 Millionen DM."

Durch diese ansteigenden Kosten gerät der Haushalt der Stadt aus den Fugen - und hat nun größte Schwierigkeiten, vom Regierungspräsidenten genehmigt werden.

Aus den Zahlen selbst kann man - wenn Logik und Argumente überhaupt noch zählen - zunächst nicht mehr ableiten als die Aufforderung zu einer Diskussion über sämtliche Inhalte.

Immer schon hat man der Kultur angehängt, daß sie beim Mangel an Finanzen dem Verzicht zum Opfer fallen müsse. Sie erleidet dasselbe Schicksal wie zum Beispiel die Frauen, die in Konjunkturschwankungen als erste auf Arbeitsplätze verzichten sollen.

Hier stellt sich die Frage, ob die Gesellschaft in der Lage ist, auch eine politische Kultur aufzubauen. Oder ob sie sich das simple und sachfremde Steinzeit-Prinzip von Starke und Schwache als Maxime macht.

Leider haben Kulturpolitiker und kulturell Interessierten oft mit einer kurzsichtigen Reaktion operiert: Sie paßten sich einem Haushaltsdebatten-Ritual an, das Deckungsvorschläge für Verminderungen der Finanzmasse im selben Ressort sucht. So spielten sie innerhalb des

Kultur-Haushalts die eine Position gegen die andere aus. Dieses Ritual ist zwar gängige Praxis, aber keineswegs zwingend. Sich darauf einzulassen, bedeutet auch, daß man Entwicklungsprozesse für unmöglich hält.

Ein Blick in die Etats zeigt, daß sich ein großer Teil der kulturellen Einrichtungen und Tätigkeiten in einer Weise vernünftig verhalten hat, wie man sie selten in anderen Bereichen findet. Der Zwang der Verhältnisse hat es ihnen aufgegeben, ihre Möglichkeiten zu rationalisieren und in geradezu extremer Weise auszuschöpfen.

So elegant das marktwirtschaftliche Argument klingt, Kultur müsse sich selbst finanzieren, es ist nur ein Teil der Wahrheit - und als Halbwahrheit sehr gefährlich. In der Regel wird es nur behauptet und niemals im einzelnen untersucht.

Zunächst ist Kultur mit bestimmten Pionieraufgaben, zum Beispiel im sozio-kulturellen Bereich, und auch oberhalb einer bestimmten Komplexität fast immer ein Zuschuß-Betrieb. Und sie wird es für alle Ewigkeit sein. Genauso so selbstverständlich wie das Rathaus und der Regierungspräsident Zuschußbetriebe sind. Auch die Politik. Und die Tätigkeit des Bauamtes und vieler Ämter. Die Polizei, die nichts einspielt. Daran nimmt - zu Recht - niemand Anstoß. Wer konnte die Feuerwehr bezahlen, wenn ein Brand ausbricht?

Der Sport, die Bauern und ganze Zweige der Wirtschaft, ja Großbetriebe, erhalten Zuschüsse und könnten ohne sie nicht existieren. Im modernen Staat gibt es eine Fülle von Zuschuß-Einrichtungen, die jedermann für sinnvoll hält und deshalb akzeptiert.

Warum diskutiert man nicht über andere Größenordnungen? Die Polizei in Oberhausen, vom Land bezahlt, hat 580 Beschäftigte. Der Polizei-Etat ist in den letzten Jahrzehnten ständig gestiegen. Hangt die Sicherheit wirklich daran, daß bald hinter jedem Baum ein Polizist steht? Jeder Polizist kostet soviel wie ein Sänger oder Musiker am Theater. Die Feuerwehr, von der Stadt bezahlt, hat insgesamt 260 Personen. Und dies, obwohl die Bautechnik der letzten Jahrzehnte in einer Weise feuerhemmend vorgeschrieben wird, daß man diesen großen Aufwand wohl in Frage stellen darf.

Die Straßenflächen in Oberhausen haben sich in der Nachkriegszeit ungefähr verdoppelt. Allein von 1970 bis 1980 kamen zum wahrlich immer schon dichten Netz fast 60 km neue Straßen hinzu (1970: 443.622 m Straßenlänge, 1980 502.308 m). Aufgehoben aber wurde so gut wie kein einziger Straßenmeter. Der Luxus des Straßenbaues ist bekannt. Hinter

seinen Richtlinien steckt eine Lobby, von der die Kultur nur träumen kann. Rund die Hälfte aller Straßen ist viel zu uppig ausgelegt und konnte - wie es gelegentlich zaghaft geschieht - druckgebaut werden.

Die viel zu großen Straßenflächen erfordern einen hohen Aufwand an Unterhaltung. Man rechnet, daß pro Jahr ein Zehntel der Straßenbaukosten als Folgekosten ausgegeben wird. Also kostet jede Straße binnen 10 Jahren soviel wie eine neue.

Immer noch werden Straßen unter Abriß vieler Häuser kostspielig erweitert. In Oberhausen gibt es 197 Ampel-Anlagen, teils umfangreicher Art. Eine Zweier-Ampel an einem Fußgänger-Überweg kostet 30.000 DM, eine Kreuzung bis zu 100.000 DM. An Unterhaltung kostet jährlich der Fußgänger-Überweg 3.500 DM und die Kreuzung 6.500 DM.

Die Straßenbeleuchtung in Oberhausen erfordert pro Jahr insgesamt 7.700.000 DM, davon für Wartung und Instandhaltung 1.200.000 DM, an Energie-Kosten 3.500.000 DM, für die Modernisierung 1.000.000 DM und für Baukosten von neuen 2.000.000 DM. Die letzte Zahl verrät, daß offensichtlich immer noch uppig ausgedehnt wird, obwohl wir zwei außerordentlich großzügige Jahrzehnte hinter uns haben. Warum brennt die Straßenbeleuchtung die gesamte Nacht, obwohl niemand sie zwischen 24 und 6 Uhr nötig hat, weil man ausnahmslos mit dem Auto fährt. Ist das Auto-Licht nicht längst erfunden? Hat ein Einbrecher nicht auch gelernt, bei Licht einzubrechen?

Der Sport erhält 1986 14.070.000 DM (davon für allgemeine Ausgaben (Verwaltung) 1.400.000 DM, für Sportplätze 3.000.000 DM, für das Stadion Niederrhein 870.000 DM, für Sport- und Turnhallen 1.800.000 DM und für Bäder 7.000.000 DM).

Soweit einige städtische Kosten. Wie uppig andere Instanzen mit Geld umgehen, während sie das Lied von der Armut singen und faktisch die Kultur kurzen, dafür eine Ziffer: Das Bundesministerium für Forschung gibt jedes Jahr für die nach Tschernobyl heiß umstrittene Atomtechnik 1,5 Milliarden DM aus.

Die Kulturpolitik wird lernen müssen, sich nicht mehr im eigenen Haushalt zu streiten, sondern einen komplexen Horizont der Diskussion zu entwickeln, der auch an andere Ressorts Fragen stellt. Dies ist keineswegs ein Akt der Unfreundlichkeit, sondern eine notwendige gesellschaftliche Diskussion, die übrigens andere Ressorts (manche Kulturpolitiker haben das nicht bemerkt) schon längst über die Kulturpolitik führen.

das der Kultur in den Verteilungskämpfen die Lebensrechte sichert. Und das zur Entwicklung der Gesellschaft beitragen kann. Denn nie zuvor gab es mehr Aussichten, daß diese Republik sich auch zum Kultur-Staat zu entwickelt.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben Bund und Land den Städten wichtige Steuerquellen entzogen. Und dies, obwohl die Städte einen Zuwachs an Aufgaben erhielten. Politologisch gesehen stellt diese Verhaltensweise der Oberbehörden eine verfassungsrechtlich bedenkliche Aushöhlung der Selbstverwaltung dar. Wenn die Landesregierungen Rechte an sich ziehen, müssen sie - verfassungsrechtlich und politisch - auch für die Pflichten einstehen. Daher ist es nun notwendig, die Länder dahin zu bringen, daß sie wenigstens anteilig in die Verpflichtungen der Städte eintreten.

Die Diskussion lediglich auf dem Terrain der Kulturpolitik zu führen, ist eine Falle. Wir entgehen ihr nur, wenn wir das Problem in breiterem Zusammenhang erörtern. Dies bedeutet: im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung und in Zusammenhang mit anderen Ressorts.

Einige Argumente zum gesellschaftlichen Prozeß, in dem wir uns befinden. Der italienische Regisseur Giorgio Strehler legte den Finger auf die größte Wunde: "Damit Kultur in einem Lande Gewerbe und Präsenz werde, genügt nicht das Werk der Intellektuellen (oder kulturell Arbeitenden) allein - es ist ein allgemein politisches Problem" (Interview FAZ 16 - 6 - 1973). Dies bedeutet: wir benötigen ein kulturelles Klima, an dem sehr sehr viele Menschen teilhaben.

Es war um 1970 durchaus berechtigt, den Intellektuellen und der Kultur vorzuwerfen, sie seien nicht genügend zugänglich. In der Tat hatte die Kultur, ähnlich wie Kunstgattungen und die Hochschulen eine Tradition aufzuarbeiten, in der sie sich viel zu gern den Oberschichten zuwandten und den anderen mit Arroganz begegneten. Nach fast einer Generation künstlerisch-kultureller Arbeit hat sich die Lage jedoch tiefgreifend gewandelt. Zu den größten Erfolgen der Demokratisierungsbewegung, die 1968 ausgelöst wurde, gehört die Zugänglichkeit zur Kultur.

Ob die Zugänglichkeit genutzt wird, hängt heute von den Menschen selbst ab. Es ist eine kulturpolitische Frage, die mit den Leuten selbst diskutiert werden muß. Das wird eine Zukunftsaufgabe kultureller Politik sein.

Die Kürzungen und Schließungen wichtiger Kultur-Träger sind heute besonders sinnlos. Denn abgesehen von einigen leider nicht kleinen Gruppen ist dieses Land im Vergleich zur Dritten Welt reich, zumindestens wohlhabend. Das wichtigste Problem besteht für alle, die ein gutes

Auskommen haben (dazu gehören inzwischen auch die meisten Arbeiterfamilien), wie sie ihr Leben kulturell entwickeln. Nun geht es um das Problem, wie die breiten Massen ihre Lebensmöglichkeiten in kultureller Dimension entwickeln.

Die soziale Bewegung hat viele Aufgaben gelöst. Jetzt muß sie in wichtigen Bereichen zu einer sozialkulturellen werden. Es kann nicht mehr genügen, bloß das Überleben zu sichern und Lebensstandard sowie Verhaltensweisen festzuschreiben. Zu den Anforderungen des Grundgesetzes, daß die Bundesrepublik ein »sozialer Rechtsstaat« sein müsse d. h. ein Rechtsstaat und ein Sozialstaat, soll nun eine dritte Anforderung hinzutreten: ein Kulturstaat. Dies erfordert eine gesamt-kulturelle Arbeit.

Ist das Zukunftsfanfare und angesichts der Lage der Öffentlichen Haushalte unrealistisch? Man kann nachweisen, daß rund 80 Prozent der Bevölkerung aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse in der Lage sind, ihre Möglichkeiten auch in kulturelle Entwicklung umzusetzen - und sehr viele bereits damit begonnen haben. Ein Akkulturationsprozeß ist sichtbar.

„Kirche und Staat, Wirtschaft und Militär werden ihre Macht an die Kultur abtreten müssen, weil nur noch in der Kultur Begründungen für das Handeln der Individuen und Kollektive gefunden werden können. Auf diese sich unmißverständlich ankündigende Umorientierung verweist bereits jetzt das explosionsartig gestiegene Interesse fast der gesamten Bevölkerung an kulturellen Ereignissen, die bis vor kurzem nur eine Bildungselite zu interessieren vermochten“ (Bazon Brock, FR 15. 3. 1986).

Der Widerspruch: Genau in der Zeit, in der dies geschieht, werden dem Wachstumsprozeß der Kultur die Infrastrukturen dafür entzogen.

Innerhalb der Debatte über die Kulturpolitik ist das Stichwort Infrastruktur bislang weitgehend übersehen worden. Was bedeutet es?

Einst wurde erkämpft, daß eine Infrastruktur für gesundes Wasser entstand. Heute ist sie selbstverständlich (und zugleich wieder durch Umweltvergiftung in Gefahr). Die moderne Industrie-Gesellschaft kann ohne viele Infrastrukturen überhaupt nicht existieren. Sie bedeuten nicht nur die Voraussetzungen für Produktionen, Warentransporte und Warenaustausch, sondern auch für ein Qualifikationsniveau der produzierenden Menschen.

Wenn diese Industrie-Gesellschaft einen Sinn haben soll - man kann es einen Moment lang ganz unabhängig von links und rechts untersuchen - , dann ist Kultur nicht nur ein

Teil der nichtisolierbaren Qualifikationsstrukturen der Weg Bildung, sondern auch eine Sinnebene. In ihr fallen die vielen einzelnen hochgradig Entscheidungen darüber, ob sie die anderen Ebenen ameisenhaft oder komplex benutzen. Soviel sollte hier genügen: auf keiner der pluralistisch zur Diskussion stehenden Schienen kann die Industrie-Gesellschaft weiterentwickelt werden, wenn sie neben der Ökologie - nicht ihre Kultur erweitert.

Das bestehende, so gut es im Landervergleich tatsächlich abschneidet, genügt noch lange nicht. Und Reduktionen sind gefährlich.

Der konservativ-liberale Standpunkt hat zwar individuell in seinen Reihen viele kulturell interessierte Menschen. Doch aufgrund seines Punktdenkens und seiner politischen Interessen übersieht er, daß die Industrie-Gesellschaft ohne Infrastrukturen vielfältiger Art, auch kulturelle, nicht als Industrie-Gesellschaft existenzfähig ist. Ihre Denkweise ist historisch gesehen sowohl innerhalb des eigenen Denkhorizontes widerspruchlich wie unreal-phantastisch. Und anachronistisch: Denn immer noch geht sie davon aus, daß Kultur Luxus sei. Und vielleicht für die Massen auch nicht nötig. Unterhaltung genüge - und das sei ein sich selbst finanzierender Markt.

Der Fehlschluß: Bereits die Geschichte des Transportwesens beweist, daß Infrastrukturen sich nicht oder nur zu einem Teil über einen Markt herstellen lassen. Man mag über die öffentlichen Haushalte durchaus nachdenken, aber es ist eine anachronistische Diskussion, wenn sie ohne den Blick auf Infrastrukturen und historische Erfahrungen abläuft. Dann gerat sie zur Ideologie mit den Kampfmitteln blinder Polemik.

Die Sozialdemokratie hat weniger Schwierigkeiten mit der Infrastruktur-Debatte, weil sie historisch ihre Entwicklung vorantrieb. Ihre Probleme liegen in zwei Ebenen. In der ersten neigt sie zum völligen Versorgen und bedenkt zu wenig, daß sich oberhalb der Infrastruktur viele weitere Möglichkeiten, auch individueller Art, entwickeln lassen - und dementsprechend mehr Freiheitsräume sowie unorthodoxes Verhalten notwendig sind. In der zweiten Ebene hat sie, ähnlich wie die Konservativ-Liberalen, immer noch weitgehend die Neigung, Kultur als Luxus-Produkt anzusehen. Zwar hat besitzt sie das große kulturpolitische Potential an einzelnen kulturell Tätigen in ihren Reihen bzw. in ihrem Umkreis, aber sie versteckt es, fordert es nicht, läßt sich Kultur nur abhandeln, statt sie zur Politik zu machen. Obwohl sie faktisch vieles durchgesetzt hat, fehlt ihr die kulturpolitische Dimension. Oder: sie hat bislang nicht

begriffen, daß sie den Schritt von der sozialen Bewegung zur sozialkulturellen machen muß.

Die Grünen besitzen ebensowenig eine Kulturpolitik wie die Sozialdemokraten. Obwohl sich in ihren Reihen die interessantesten kulturellen Prozesse abspielen und sie den vielleicht größten Anteil, umgerechnet auf ihre Wähler, an kulturell Tätigen besitzen. Auch hier finden sich anachronistische Züge: oft haben sie eine Einschätzung von Institutionen, die in den Sechziger Jahren noch einigermaßen zutraf, aber heute nicht mehr.

Die strukturellen Zensuren, die folgenreicher sind als die Zimmermannschen Skandale, erfolgen ganz leise und allmählich durch Apparate und Mechanismen, die oft überhaupt nichts mit Kultur zu tun haben - wie sie selbst beteuern. Scheinbar neutral. Besetzt von freundlichen Beamten mit guten Manieren, aber totaler Interesselosigkeit für die Inhalte, denen sie >nur< eine finanzielle Struktur geben.

In dieses System sind Konservativ-Liberale und Sozialdemokraten gleichermaßen verwickelt. Die ersten verlagern die Arbeitslosigkeit auf die finanziellen Schultern der Städte und hungern dadurch sowie ihren Rundumschlag gegen die öffentlichen Infrastrukturen die Finanzkraft der armen Städte aus. Der Druck geht automatisch zur schwachsten Position in Parlament und Verwaltung: zur Kultur. Und reduziert die kulturelle Infrastruktur.

Die kulturpolitische Gesellschaft, bislang das einzige kulturelle Netz in der BRD, mochte an seinem 10. Jahrestag die Aufmerksamkeit auf die historische Leistung der Stadtkultur, auf die kulturelle Entwicklung und auf ihre Gefährdung lenken.

Presse-Erklärung

Kultur ist ständig bedroht. Die Gefahr einer Zensur Zimmermannscher Prägung ist öffentlich und daher gut erkennbar. Weit mehr Bedrohung aber geht von **struktureller Zensur** der Finanzpolitik aus.

Die Kulturpolitische Gesellschaft möchte auf einen Mechanismus hinweisen, der wie eine Walze durch das Land geht und besonders die sogenannten armeren Städte trifft.

Wir haben dies am Beispiel der Emscherstadt Oberhausen untersucht (siehe umfangreichere Anlage). Der Regierungspräsident in Düsseldorf weigert sich nun seit mehreren Jahren zunächst stets, den kommunalen Haushalt zu genehmigen. Er fordert allen Ernstes von der Stadt die **Streichung aller nichtgesetzlichen kulturellen Ausgaben**.

Das würde bedeuten, daß das Theater, die Stadtbibliothek, die Musikschule, die Westdeutschen Kurzfilmtage, die Konzertreihe, die Stadtische Galerie (Museum) und vieles mehr geschlossen wurde. Außer der Volkshochschule, für die es in diesem Bundesland ein Gesetz gibt, wäre die gesamte kulturelle Infrastruktur beseitigt.

Die Oberbehörde ist offensichtlich nicht in der Lage, inhaltlich das einzuschätzen, womit sie finanzverwaltend und aufsichtsrechtlich umgeht.

Sie fordert einen Kahlschlag, der die Industriestadt an der Emscher schlagartig in den Zustand einer lateinamerikanischen Großstadt versetzen würde.

Oberhausen steht als Beispiel für viele andere Städte, die unter einem ähnlichen Druck stehen.

Hier handelt es sich nicht um Kürzungen aus Gründen der Konjunktur, auch nicht um uneffiziente Verwaltung, sondern schlicht um kulturellen Kahlschlag.

Die Kulturpolitische Gesellschaft möchte diesen Fall und die Struktur, in der er steht, zum Skandal werden lassen und bittet die öffentliche Meinung und die Presse, ihn aufzugreifen und zu opponieren.

Die strukturelle Zensur darf nicht ohne öffentliche Diskussion im leisen Räderwerk bürokratisch-formaler Vorgänge einen kulturellen Flächenbrand in Gang setzen.